



Frankreich kann vieles. Es kann atomare Abschreckung organisieren. Flugzeugträger finanzieren. Milliardenprogramme für strategische Souveränität verkünden. Es kann in Afrika intervenieren, in Brüssel dozieren und in Washington beleidigt auftreten, wenn man die Grande Nation nicht ernst genug nimmt.

Was Frankreich offenbar nicht mehr kann: einem 62-jährigen Rentner aus der Creuse innerhalb von fünf Monaten einen Termin beim Augenarzt verschaffen.

Das ist die eigentliche Staatskrise dieses Landes. Nicht die Defizitquote. Nicht die Schuldenlast. Nicht einmal die politische Zersplitterung. Sondern dieser tägliche, stille Zusammenbruch der Normalität.

Man stelle sich die Szene vor: Ein Bürger wartet seit einem halben Jahr auf einen Facharzttermin. Seine Frau fährt achtzig Kilometer zum nächsten Gynäkologen. Der Sohn findet keinen Hausarzt mehr. Aber im Fernsehen erklärt ein Premierminister mit staatsmännischer Gravität, Frankreich müsse nun geopolitisch aufrüsten, strategisch investieren und zugleich den Haushalt sanieren.

Mit anderen Worten: Für Raketen ist Geld da. Für Netzhautuntersuchungen leider nicht.

Es ist diese groteske Schieflage, die Frankreich derzeit politisch so explosiv macht. Der französische Staat ist nämlich keineswegs klein geworden. Im Gegenteil. Er ist monumental teuer, majestätisch bürokratisch und rhetorisch allgegenwärtig. Er reguliert, plant, reformiert und konferiert ohne Unterlass. Nur erlebt der Bürger diesen Staat immer seltener dort, wo er ihn tatsächlich braucht.

Die berühmten „déserts médicaux“ sind deshalb weit mehr als ein Gesundheitsproblem. Sie sind das Symbol eines Landes, das sich noch immer als soziale Schutzmacht inszeniert, während die öffentliche Wirklichkeit längst etwas anderes erzählt.

Früher bedeutete Republik: Schule, Krankenhaus, Bahnhof, Postamt — überall. Heute bedeutet Republik oft: Onlineformular, Warteschleife und der Hinweis, der nächste Facharzt befinde sich leider zwei Départements weiter.

Und während Präsidenten von europäischer Souveränität sprechen, verlieren Millionen Franzosen gerade die Souveränität über ihren Alltag.

Die politische Gefahr dahinter ist enorm. Frankreich akzeptiert traditionell hohe Steuern, hohe Abgaben und einen mächtigen Zentralstaat nur unter einer Bedingung: dass der Staat



funktioniert. Dass er sichtbar schützt. Dass die republikanische Gegenleistung existiert.

Doch genau dieser Gesellschaftsvertrag beginnt zu reißen.

Ein Land, das sich als Weltmacht inszeniert, aber seinen Bürgern keine medizinische Grundversorgung mehr garantieren kann, wirkt irgendwann nicht stark. Sondern erschöpft.

Vielleicht liegt darin die eigentliche Tragik der Grande Nation: Sie modernisiert ihre Atomwaffen — und verliert gleichzeitig den Kontakt zu ihrer eigenen Bevölkerung.

Ein Kommentar von Christine Macha